

Sperrfrist: Beginn der Haushaltsrede im Stadtrat

Stadtkämmerer Robert Scheller

Rede
zur Einbringung des
Haushaltsentwurfs 2016
am 15. Oktober 2015

"Prioritäten setzen, umsetzen und investieren!"

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

meine diesjährige Haushaltsrede fällt in eine Zeit, in der das beherrschende Thema nicht unser Finanzsystem, der Euro oder die wirtschaftliche Entwicklung ist, sondern die Bewältigung des enormen Flüchtlingsstroms, der jedoch neben seiner ungeheuren menschlichen, ethnischen und weltpolitischen Dimension auch eine Auswirkung auf alle öffentlichen Haushalte hat.

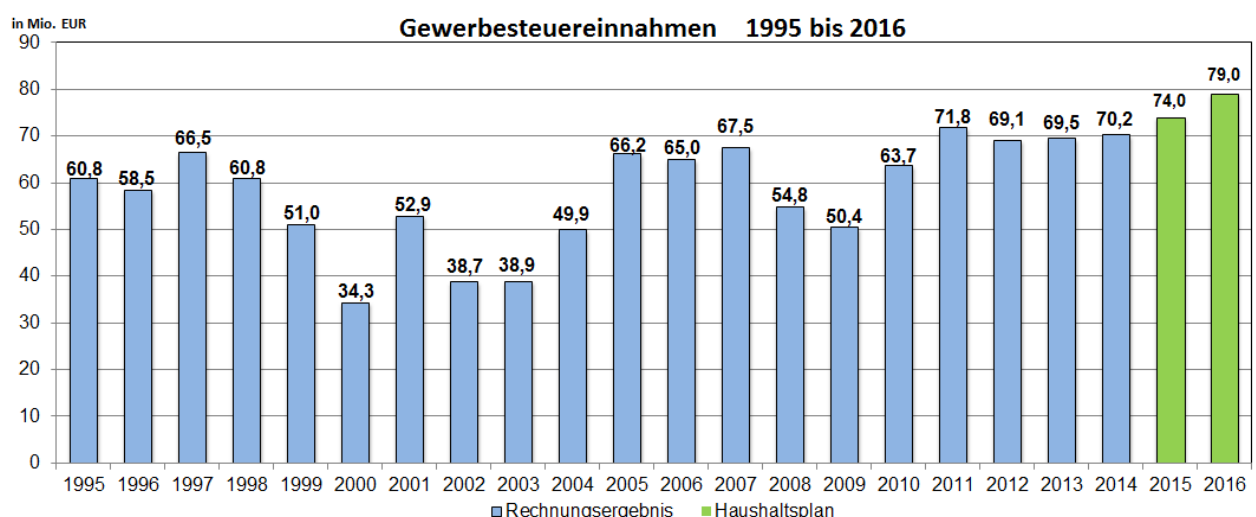
Trotz enormer Herausforderungen auch für unseren Haushalt bin ich insgesamt von einer zuversichtlichen Stimmung geprägt. Diese Zuversicht ist vor allem einer leistungsfähigen Verwaltung und einer starken wirtschaftlichen Verfassung geschuldet, niedrigen Arbeitslosenzahlen und hohen Steuereinnahmen. Zuversicht, keinesfalls aber Übermut kennzeichnen die Würzburger Situation bei der Aufstellung des 2016er Haushalts.

Wir haben Ihnen im Juni einen Jahresabschluss für 2014 vorgelegt, der trotz Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer, insbesondere aufgrund verzögerten Baufortschritts verschiedener Investitionsmaßnahmen eine Rücklagenschonung i. H. v. EUR 4,0 Mio. zuließ. Dies war zwar kein Haushaltsüberschuss, dennoch lief das Jahr 2014 besser als geplant.

Das Jahr 2015 verspricht bei den wichtigsten Steuereinnahmen ein Rekordjahr zu werden. Die ursprünglich mit EUR 74 Mio. angesetzten Gewerbesteuererinnahmen werden wohl, bereits nach Abzug einer Globalbereinigung und den noch zu erwartenden Erstattungen, bei EUR 78 Mio. und damit EUR 4 Mio. über Plan liegen. Dies ist ein Ergebnis, das durchaus nicht exemplarisch für die kreisfreien Städte in Bayern ist und auch nicht exemplarisch für den Bayern-Trend steht. War in Bayern im Vergleich der ersten Halbjahre 2015 zu 2014 eine Steigerung von 4 % zu verzeichnen, waren es in Würzburg 18 %.

Es ist schwer, für diese Entwicklung Gründe zu finden. Zum einen scheint die positive Steuerentwicklung der letzten Jahre auf Bundesebene zeitversetzt auch in Würzburg angekommen zu sein, wofür spricht, dass einige Gewerbesteuerzahler offenbar sehr gute Zeiten haben, wie aus den Vorauszahlungen anzunehmen ist. Zum anderen, dass anscheinend eine Reihe neuer Gewerbesteuerzahler mit durchaus nicht unbedeutenden Beträgen hinzugekommen sind.

Diese Entwicklung ist sehr erfreulich, wir sollten uns aber nicht daran gewöhnen. Wie schnell Steuereinnahmen wegbrechen können und damit das gesamte Gerüst des Haushalts ins Schwanken bringen können, hat uns das Jahr 2003 gezeigt. Neue und aktuelle Erkenntnisse zur weiteren Entwicklung der Steuereinnahmen in den kommenden Jahren wird erst die Steuerschätzung im November 2015 zeigen. Deswegen verdeutlicht die folgende Graphik nochmals die Volatilität dieser Einnahmequelle.



Vorsicht ist bei dieser Steuerart allemal geboten und Vertrauen in den Bestand kann leicht enttäuscht werden.

Auch die Einkommensteuer läuft 2015 besser als geplant. Wir hatten für den Haushalt 2015 bei einer Steigerung von 4,6 % ggü. dem Vorjahr mit EUR 62,4 Mio. gerechnet. Die bisherigen Quartalsabrechnungen zeigen jedoch, dass wir auch hier mit Mehreinnahmen in Höhe von EUR 5,0 Mio. rechnen dürfen.

Diese hohen Einnahmen in 2015 sind durchaus geeignet, auch die Ansätze für 2016 höher zu planen.

Das Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute von vergangener Woche geht nach einem Wirtschaftswachstum für 2014 i. H. v. 1,3 % für das Jahr 2015 nur von einem leicht geringeren Wachstum i. H. v. 1,2 % aus. Die Bundesregierung hat mit ihrer Herbstprognose von gestern für 2016 ein Wirtschaftswachstum von 1,8 % gegenüber 1,7 % in 2015 vorhergesagt. Auch der ifo-Geschäftsklimaindex bleibt hinsichtlich der zukünftigen Erwartungen auf einem erfreulich hohen Niveau (Quelle: www.cesifo-group.de). Aufgrund dieser Prognosen und mit den guten Ergebnissen des Jahres 2015 im Rücken, gehen wir daher für das nächste Jahr von Gewerbesteuererträgen i. H. v. EUR 79 Mio. aus, veranschlagen also EUR 5,0 Mio. mehr als zum Plan 2015, bzw. EUR 1,0 Mio. mehr zum voraussichtlichen Rechnungsergebnis 2015.

Auch bei der Einkommensteuer nehmen wir 2016 höhere Planzahlen an. Wir hatten für den Plan 2015 die Steuerschätzung vom November 2014 übernommen, die für 2015 von einem Plus i. H. v. 4,6 % ausging, so dass wir für 2014 EUR 62,4 Mio. angesetzt hatten. Aufgrund der bereits erwähnten guten Ergebnisse 2015 und der Steuerschätzung vom Mai d. J., die ein weiteres Plus von 4,1 % voraussagt, lässt dies nach unserer Meinung zu, die Einkommensteuererwartung mit EUR 69 Mio. anzusetzen. Um dies einzuordnen, sei der Hinweis erlaubt, dass dies ein Plus von EUR 6,6 Mio. ggü. dem Planansatz 2015 und ein Plus von EUR 1,5 Mio. ggü. dem voraussichtlichen Rechnungsergebnis 2015 ist.

Dieser Optimismus ist der guten Situation des Arbeitsmarktes in unserer Stadt geschuldet. Die Arbeitslosenquote lag im September für Würzburg bei 4,4 %. Auch wenn hier die Herbstbelegung zugutekommt, sind dies ggü. dem Vorjahresmonat 0,2 % weniger. Damit liegen wir zwar immer noch über dem bayerischen Durchschnitt mit 3,5 %, liegen aber bei den kreisfreien Städten Unterfrankens ganz vorn (Schweinfurt 6,1 %; Aschaffenburg 5,6 %) und können auch gut mit den anderen kreisfreien Städten Bayerns mithalten, mit denen wir uns gerne vergleichen (Regensburg 4,4 %, Erlangen 3,9 % und Ingolstadt 3,2 %). Nach Meinung der Bundesagentur für Arbeit und einzelner Arbeitsagenturen hält die günstige

Entwicklung am Arbeitsmarkt 2016 durchaus an (Quelle: Arbeits- und Ausbildungsmarkt auf einen Blick, Sept. 2015). Auch wenn erwartet wird, dass die Flüchtlingszahlen Einfluss auf die Arbeitslosigkeit haben, wird dies im Jahr 2015 für uns noch kaum bemerkbar sein, da zunächst die Anerkennungsverfahren abgeschlossen sein müssen. In einigen Bereichen, z. B. im Handwerk, glaube ich vielmehr, dass diese Migrationsbewegung relativ schnell einen erheblich positiven Einfluss entfalten wird.

Auch die Entwicklung des Hublands lässt bei der Einkommensteuer Optimismus zu. Das Pre-development, also der Rückbau von Gebäuden, Straßen und Plätzen sowie die Altlasten- und Kampfmittelbeseitigung konnte im Sommer abgeschlossen werden, die Neu-Erschließung ist in vollem Gang. Fünf der notwendigen Bebauungspläne haben Satzungsqualität erreicht, die Vermarktung schreitet voran. Durch die Entwicklung und Bebauung des Hublands werden wir in den nächsten Jahren zusätzliche Einwohner und damit auch zusätzliche Einkommensteueranteile gewinnen.

Diese Mehreinnahmen bei Gewerbe- und Einkommensteuer, die hoffentlich beim Jahresabschluss 2015 zu einer Rücklagenschonung führen, werden für den Haushalt 2016 und den Ausgleich kommender Jahre aber auch dringend gebraucht.

Hier sind zunächst die Herausforderungen im Verwaltungshaushalt, insbesondere bei den deutlich steigenden Personal- sowie Sozial- und Jugendhilfeausgaben zu sehen.

Bei den Personalausgaben hatten wir für das Jahr 2015 einen Ansatz von EUR 131 Mio., den wir für das Jahr 2016 auf EUR 136,7 Mio. kräftig nach oben nehmen müssen. Dies ist ein Anstieg von 4,3 %. Der Grund liegt zum einen in den Besoldungserhöhungen für Beamte und zu erwartenden Tarifsteigerungen für Tarifbeschäftigte von im Durchschnitt 2,5 %, zuletzt für den Sozial- und Erziehungsdienst bereits ab 01.07.2015 mit einer Steigerung von ca. 4 %. Zum anderen müssen die im Jahr 2015 neu geschaffenen Stellen nun durchfinanziert werden und es kommen wohl im Jahr 2016 noch weitere 16,5 Stellen hinzu. Insgesamt werden für die Aufgabe Flüchtlingsbetreuung weitere 10 Stellen eingerichtet, die sofort besetzt und daher auch sofort finanziert werden müssen.

Bei den Personalkosten sehen wir die Herausforderungen der Flüchtlingssituation ganz besonders, denn das Gros der neuen Stellen ist der Unterbringung, Betreuung und Verwaltung der Flüchtlinge geschuldet. Diese Kosten bleiben nahezu vollständig

bei uns, denn Erstattung gibt es hier nur in wenigen Bereichen und dann minimalst. Ich sage das aber auch ganz deutlich: Es ist richtig und ich bin froh, dass wir uns im Stadtrat und der Verwaltungsspitze einig sind, dass zur Unterbringung von Menschen nicht nur ein Sicherheitsdienst und ein Cateringservice gehören, sondern dass wir uns um die Menschen, die hier eine Zuflucht finden, um ihrer selbst und ihrer Integration willen als auch um der Nachbarschaften willen, kümmern müssen.

Allerdings ist nicht nur für das nächste Jahr sondern auch für die Folgezeit festzuhalten, dass wir den Aufwuchs im Personalhaushalt begrenzen müssen. Die Devise, die bereits in diesem Jahr galt und die von der Kollegin und den Kollegen auf der Referentenbank dankenswerter Weise mitgetragen wurde, lautete, dass wir uns nur noch im Bereich der absoluten Pflichtaufgaben personell vergrößern dürfen. Ansonsten werden wir schnell an unsere finanziellen Grenzen stoßen und auch die räumlichen Ressourcen sind ohne weitere Fremdanmietungen nicht mehr vorhanden. Wir sind an vielen Stellen personell gut aufgestellt, dort wo noch etwas fehlt, müssen die notwendigen Freiräume durch Aufgabenkritik, Umorganisation oder Effizienzgewinne erreicht werden. Wir werden daher im Fachbereich Organisation sehr viel stärker von der Stellenbewertung auf die Stellenbemessung um- und in weitere Organisationsuntersuchungen einsteigen.

All diejenigen, für die Aufwüchse im städtischen Personalkörper von vorneherein suspekt und zu vermeiden sind, kann ich als Personalreferent hier nur um Verständnis bitten: Die momentan extrem hohe Schlagzahl und die körperliche Belastung der im Bereich Flüchtlinge eingesetzten Kolleginnen und Kollegen, die ohne größte Motivation und auch Spaß an der Arbeit gar nicht zu bewältigen wäre, kann nur eine vorübergehende Spitzenbelastung sein. Solche Arbeitsspitzen können gar nicht anders als mittelfristig durch zusätzliches Personal abgefangen werden. Anders bewältigt die Flüchtlingssituation im Übrigen keine Verwaltung in Bayern.

Trotz allem stimmt mich hier durchaus optimistisch, dass wir ohne die Flüchtlingsthematik nur einen Stellenaufwuchs von 13 Stellen hätten und damit durchaus ein erster Schritt getan wurde, den Personalkörper nicht weiter zu vergrößern.

Wo wir die Herausforderungen ebf. sehen, ist bei den Ausgaben für Leistungen nach dem AsylbLG. Wir bekommen hier eine 100 %ige Erstattung vom Bund, so dass dies haushaltsneutral ist. Die Leistungen steigen aber von EUR 3,4 Mio. auf EUR 8,9 Mio. Alleine an dieser Zahl, die nur für Würzburg gilt, kann man die gesamte Dimension für die öffentlichen Haushalte erkennen, die Bundesfinanzminister Schäuble wohl

dazu veranlassen wird, einen Nachtragshaushalt aufzustellen (Quelle: Managermagazin v. 06.09.2015).

Die gleiche Sprache sprechen die Zahlen für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die wir ebf. zu 100 % erstattet bekommen und die um EUR 6,1 Mio. auf EUR 9,6 Mio. steigen.

Insgesamt bleiben die Kosten der Jugendhilfe eine weitere große Herausforderung. Es ist hier eine Kostensteigerung von EUR 2,3 Mio. zu verzeichnen, die auch noch einmal kräftige Steigerungen bei der Eingliederungshilfe von Kindern und Jugendlichen mit seelischer Behinderung umfasst (Steigerung um EUR 1,2 Mio. von EUR 2,55 Mio. auf EUR 3,75 Mio.).

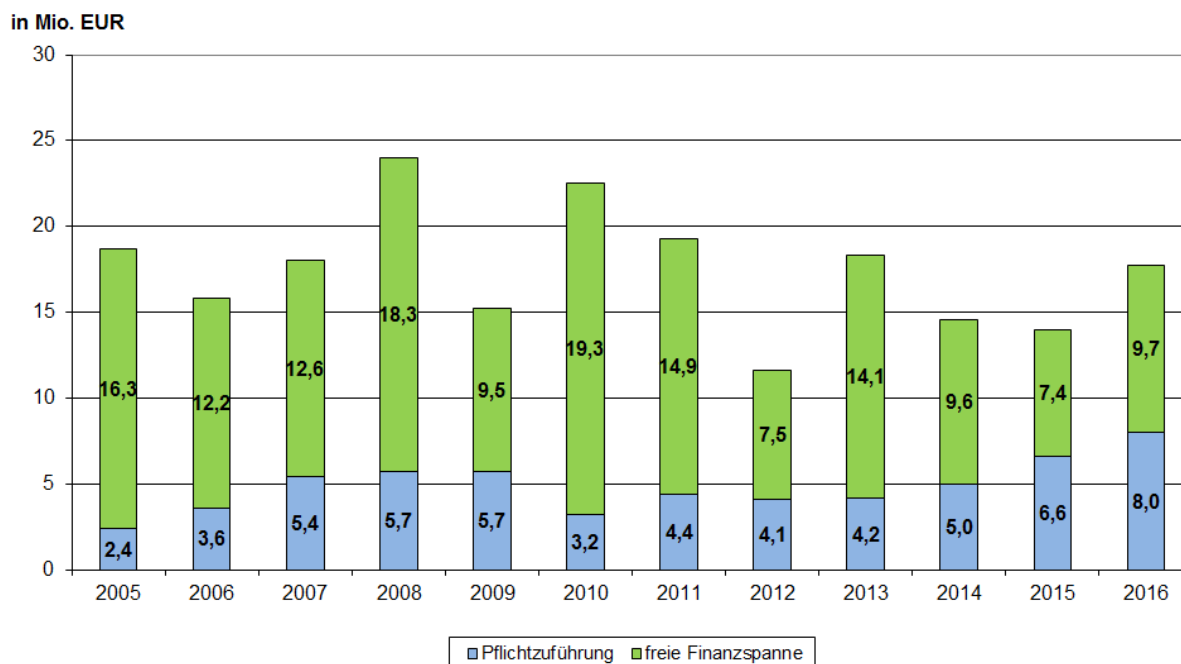
Erwähnt werden muss und leicht vergessen werden kann, dass wir aufgrund des Ganztagsgipfels und des bedarfsgerechten Ausbaus der Ganztagsbetreuung (Stichwort: Ganztagsbetreuungsgarantie) Steigerungen beim Sach- und Personalaufwand für die offene Ganztagschule i. H. v. EUR 275.000,00 haben.

Noch nicht absehbar ist die Entwicklung der Bezirksumlage, insbesondere, ob die bayerischen Bezirke bei der Kostenerstattung für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (umF) entlastet werden. Ausgehend von einer gestiegenen Umlagekraft der Umlagezahler nehmen wir einen um 1 % auf 17 % abgesenkten Hebesatz an. Selbst unter dieser Voraussetzung würde sich die Bezirksumlage um EUR 1,0 Mio. auf EUR 26,8 Mio. erhöhen.

Trotz all dieser Ausgabepositionen planen wir eine hohe Zuführung zum Vermögenshaushalt i. H. v. EUR 17,7 Mio. Dies ist eine um EUR 3,3 Mio. höhere Zuführung als die ursprünglich für das Finanzplanungsjahr 2016 vorgesehene. Wir werden sie aber auch dringend brauchen, da wir eine Reihe großer Investitionen vor der Brust haben oder noch vor die Brust nehmen wollen.

Ich möchte Ihren Blick daher auf die Entwicklung dieser Zuführungsbeträge und der sich daraus für die eigentliche Investitionstätigkeit resultierenden freien Finanzspanne lenken:

Zuführung zum Vermögenshaushalt zur Finanzierung von Investitionen und Darlehenstilgung



Man sieht deutlich, dass die für 2016 geplante Zuführung zum Vermögens-/ Investitionshaushalt eine der höheren der letzten Jahre ist und deshalb die Sorge unberechtigt ist, dass wir uns aufgrund der Belastungen durch die Flüchtlinge bei unseren Investitionen im nächsten Jahr einschränken müssten. Dies ist allerdings, und das kann nicht oft genug erwähnt werden, einzig und allein unseren guten Steuereinnahmen geschuldet. Trotz dieser historisch hohen Steuereinnahmen ist es uns nicht möglich, eine noch höhere Zuführung zu erwirtschaften, da die laufenden Ausgaben, insbesondere die Personal- und Jugendhilfeausgaben diese Mehrung weitgehend aufzehren.

Allzu gerne wird in Haushaltsberatungen nur über die neuen Maßnahmen gesprochen. Hintangestellt werden gerne die bereits laufenden und fortzuführenden Maßnahmen. Deshalb möchte ich mit diesen beginnen.

Das Sonderprojekt Hubland läuft sehr erfreulich im Zeitplan. Pre-development, Bauleitplanung, Erschließung und Vermarktung gehen sehr gut voran. Im Jahr 2016 wird hier noch einmal kräftig in die Erschließung und die Baureifmachung investiert. Und obwohl wir gut und schnell die Grundstücke verkaufen, was weitere für die hoffentlich heimische Wirtschaft positive Impulse auslöst, entsteht hier ein Abgleich von derzeit EUR 8,6 Mio. Dies zeigt sehr deutlich, dass wir 2016 noch einmal ein Jahr der Anfangsinvestitionen haben, bei dem die Ausgaben deutlich die Einnahmen übersteigen, was wir auch durch eine weitere Kreditaufnahme abdecken müssen.

Der 2016 beginnende Countdown für die Landesgartenschau 2018 wird für die Entwicklung des Hublands einen weiteren Schub bedeuten. Die in 2016 eingeplanten Mittel für die LGS GmbH zur Durchführung von Investitionsmaßnahmen und zur Deckung der laufenden Ausgaben in einem Umfang von ca. EUR 8 Mio., bei einem Abgleich von ca. EUR 4,6 Mio., stellen daher einen eindeutigen Schwerpunkt des Haushalts 2016 dar.

Die Durchfinanzierung der Fußgängerzone Eichhornstr. geht weiter. Hier sind Kostensteigerungen von rd. EUR 1,6 Mio. in den Haushalt eingeplant. In die Finanzierung kommt ab 2016 der Bauabschnitt 3.2, von der Spiegelstr. bis zum Ingolstädter Hof.

In das Investitionsprogramm neu aufgenommen wird der Ersatzneubau des Kindergartens Hl. Kreuz in der Zellerau. Ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, diesen Neubau mit vier Kindergarten- und zwei Krippengruppen, der den größtenteils aus den 60er Jahren stammenden Kindergarten ersetzt, trotz schwieriger Grundstücksverhältnisse zur Baureife zu bringen. Ebenfalls bin ich froh, dass die Stadt Würzburg hierbei einen gestaltenden Einfluss hatte und dass wir eine weitere Investition in die Zellerau tätigen. Wenn man durch die Zellerau geht, können wir alle wahrlich zufrieden und stolz sein, wie es gelungen ist, diesen Stadtteil in den letzten zehn Jahren zum Positiven zu verändern.

Auch im Bildungsbereich wird im Haushaltsjahr 2016 neben der Fortführung der Erweiterungsbauten der David-Schuster-Realschule und der Sanierung und Erweiterung der Mönchbergschule mit einem Investitionsvolumen von zusammen EUR 2,6 Mio. sowie der Anfinanzierung des Erweiterungsbaus des Wirsberg-Gymnasiums mit EUR 0,5 Mio. ein klarer Investitionsschwerpunkt gesetzt. Wir setzen damit das Schulsanierungs- und Erweiterungsprogramm im Rahmen unserer Möglichkeiten Jahr um Jahr fort.

Der Haushalt 2016 und die sich daran anschließende Finanzplanung beinhalten eine deutliche Akzentuierung des Hauptbahnhofs.

Wir wollen und können die Finanzierung der Erneuerung der städtischen Pavillons vor dem Bahnhofsgebäude angehen. Die Anfinanzierung ist in den Haushalt 2016 und die Durchfinanzierung in die Finanzplanung eingearbeitet. Auch wenn dies zunächst als eine für den städtischen Haushalt enorme Finanzierungsaufgabe aussieht: Die Investition ist als solche wirtschaftlich und sie muss es schon aus wettbewerbsrechtlichen Gesichtspunkten sein. Wir werden Ihnen dies im Laufe des Projekts auch anhand einer Wirtschaftlichkeitsberechnung darstellen.

Erst vor wenigen Tagen waren wir in einer weiteren Abstimmung mit der Bahn. Wenn wir uns ranhalten und in diesem Jahr noch mit einem Grundsatzbeschluss, den wir gerade vorbereiten, der Verwaltung einen unmissverständlichen und von einer breiten Mehrheit im Stadtrat getragenen Handlungsauftrag geben, dann ist die Realisierung von neuen Bahnhofspavillons durchaus noch zur Landesgartenschau 2018 möglich.

An den Bahnhofsvorplatz anknüpfend und das Tor zur Stadt ebenso prägend, wird die Neugestaltung der Kaiserstr. sein. Dies wird unsere nächstes, großes und den Investitionshaushalt über Jahre begleitendes Projekt. Nach den aktualisierten Planungen steigen die Gesamtkosten des Projekts von ursprünglich geschätzten EUR 2,4 Mio. auf EUR 5 Mio. Dies sollte zum Anlass dienen, die Standards unserer Straßenbaumaßnahmen zu hinterfragen. Bereits 2016 sind für die Kaiserstraße Anfinanzierungsmittel i. H. v. EUR 1,5 Mio. eingeplant.

Insgesamt sind die Baumaßnahmen im Haushalt 2016 mit über EUR 55 Mio. eingeplant, eine Investitionssumme, die wir nur schaffen werden, wenn wir EUR 7,0 Mio. aus der Rücklage nehmen und diese damit ziemlich aufbrauchen. Diese Entwicklung halte ich deshalb für bedenklich, da das Finanzplanungsjahr 2017 nach derzeitigem Stand aufgrund fehlender Rücklagen nur noch durch Streichen von investiven Maßnahmen oder durch neue Kredite – neben der Kreditaufnahme für das Hubland-Projekt – ausgeglichen werden kann.

Zum Schluss möchte ich noch auf zwei weitere, wichtige Projekte zu sprechen kommen:

Der Bürgerentscheid zum Erhalt der von der Substanz her verbrauchten und eigentlich abbruchreifen Mozartschule belastet den Haushalt 2016 und die Finanzplanung schwer, in dem die dort für den Verkauf eingestellten, fiktiven Einnahmen i. H. v. EUR 6,0 Mio. ausfallen. Diese galt es zu kompensieren und macht den Ausgleich dieser Jahre wahrlich nicht leichter. Wenn nun eine Sanierung dieses Gebäudes mit Kosten von weit über EUR 20 Mio. anstehen sollte, dann müssen Lösungen her, die eine Gegenfinanzierung, z. B. aus einer öffentlichen Förderung enthalten. Und auch dann, das wussten Sie aber schon, muss noch einmal klar formuliert werden, dass die Sanierung dieser Schule ein anderes Investitionsprojekt erübrigen wird. Da schlüssige und für den Stadtrat als gewähltes Organ der Bürgerinnen und Bürger Würzburgs, konsensfähige Lösungen noch nicht gefunden sind, findet sich die Mozartschule neben dem oben erwähnten

Einnahmenausfall nur mit dem Ansatz von Planungskosten i. H. v. EUR 50.000,00 wieder.

Die Generalsanierung des Mainfrankentheaters wird bereits ab dem Jahr 2016 mit einem Zins- und Tilgungszuschuss in die Finanzplanung aufgenommen. Bis 2016 finden sich hier nur Zinsen und Tilgungen für bestehende Darlehen wieder. Bei einem derzeitigen Investitionsvolumen von ca. EUR 50,0 Mio. aufgrund einer reinen Machbarkeitsstudie ist klar, dass uns, egal wie hoch die Förderquote aussehen wird, dieses Projekt über Jahrzehnte begleiten wird. Ich möchte daran erinnern, dass noch vor Monaten eine Theatersanierung mit einem solchen Millionenbetrag als "nicht stemmbar" angesehen wurde.

Es gilt der Satz, der im Kommunalwahlkampf des letzten Jahres common sense geworden ist: Die Theaterfinanzierung darf uns "so wenig wie möglich, so viel wie nötig" kosten. Wir müssen daher den Fortschritt des Projekts genau steuern, den Mut haben, Wünschenswertes wegzulassen und uns bei der Ausstattung reduzieren. Denn ich warne eindringlich vor allzu großer Euphorie: Wenn man erst einmal in die Leistungsphasen nach der HOAI einsteigt, sind Kostensteigerungen bei solchen Projekten üblich und die Förderung bleibt meist gleich. Ohne ein enges finanzielles Controlling ist die Sanierung des Mainfrankentheaters problemlos geeignet, unseren Haushalt für mehrere Jahre aus den Angeln zu heben.

Erst kürzlich hat eine andere bayerische Großstadt bei einem Theater-sanierungsprojekt von ihrer Rechtsaufsichtsbehörde ins Stammbuch geschrieben bekommen, dass die Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit gefährdet ist und die Finanzplanung der Finanzierbarkeit der Investitionen anzupassen ist. Eine gute Einnahmensituation, wie unsere derzeitige, täuscht leicht über diese Gefahren hinweg und ich werde mit aller Macht zu verhindern suchen, dass über die Stadt Würzburg wie über jene andere Stadt in der Süddeutschen Zeitung steht: "Eine Watschn für Würzburg".

Deswegen möchte ich noch einmal auf unsere freie Finanzspanne, die ich Ihnen oben gezeigt habe, zurückkommen. Sie sehen darin sehr eindeutig, dass eine dauerhafte Belastung für die Sanierung des Mainfrankentheaters von jährlich etwa EUR 1,5 Mio., und zwar auch nach Abschluss der Maßnahme über mind. 25 Jahre, uns 10 bis 20 % unserer Investitionskraft nimmt.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf dem letzten Deutschen Kämmerertag in Berlin hat der frühere Stadtkämmerer von Münster und ehemalige Ministerpräsident von Sachsen, Georg Milbradt, im Hinblick

auf kommunale Investitionen gesagt: "Eine Entscheidung für etwas, ist gleichzeitig auch immer eine Entscheidung gegen etwas." Ihm ist voll und ganz beizupflichten!

Dieser Satz gilt auch für den Ihnen vorzulegenden Haushalt 2016: Wenn wir die angefangenen Projekte fortführen und die Eingeplanten beginnen wollen, dann haben wir schon ganz schön viele Entscheidungen getroffen. Entscheidungen für andere oder weitere Investitionen sind dann nicht mehr möglich.

Sie dürfen auch nicht vergessen, dass es so sicher wie das Amen in der Kirche ist, dass wirtschaftlich guten Zeiten auch wirtschaftlich schlechtere Zeiten folgen werden. Aufgrund des vorgelegten Investitionsprogramms sowie unserer hohen Ausgaben im Verwaltungshaushalt ist daher paradoxerweise, trotz geplanter hoher Steuereinnahmen, der Spielraum im Haushalt deutlich geringer als im Vorjahr.

Schlimm ist dies zunächst nicht, denn wir zeigen damit Gestaltungskraft, wir arbeiten die Prioritätenliste ab und investieren in unsere Stadt. Schlimm wird dies nur, wenn wir dem Haushalt noch mehr aufbürden und dessen begrenzte Leistungsfähigkeit nicht anerkennen.

Eine hohe Gestaltungskraft war in der Kämmerei seit dem Sommer bei der Aufstellung dieses anspruchsvollen und ambitionierten Haushalts vorhanden. Für ihr hervorragendes, konzentriertes und umsichtiges Schaffen danke ich daher der Kämmerei mit Frau Kollegin Hecht an der Spitze sowie den Kolleginnen Frau Herbert, Frau Knauer und Frau Maihofer sowie den Kollegen Herren Hess und Kemmer, unserem Praktikanten Herrn Dupke und unserem schlagkräftigen Vorzimmer mit den Damen Langer und Vogt. Vielen Dank Ihnen allen. Es macht sehr viel Spaß, mit Ihnen zu arbeiten!

"Wir schaffen das" hat die Kanzlerin bei ihrer Sommerpressekonferenz gesagt und hat im direkt vorhergehenden Satz auch gleich die Begründung mitgeliefert, in dem Sie sagte: "Wir haben schon vieles geschafft". Daher möchte ich den Satz für unseren Haushalt 2016 etwas abwandeln und Ihnen zurufen: Wir haben schon vieles geschafft. Wir schaffen auch das!

Mit dieser Zuversicht und im Vertrauen auf Ihr maßvolles Haushalten gehe ich in die diesjährigen Haushaltsberatungen und freue mich auf die Diskussion mit Ihnen.